

Bundeshaushalt 2024 sieht drastische Kürzungen vor:

Fatales Signal für Freiwilligendienste!

Berlin, 20.07.2023 – Entsetzen im Kampagnenteam von #meinFIJerhalten: Der Regierungsentwurf für den Haushalt 2024 sieht drastische Kürzungen in den Freiwilligendiensten des BMFSFJ vor. Beim BFD sollen 53 Millionen Euro eingespart werden, in den Jugendfreiwilligendiensten (FSJ, FÖJ und IJFD) 25 Mio. Euro. Ein Drittel der Mittel würde somit wegfallen.

Im März 2023 hat sich ein junges und motiviertes Team aus ehemaligen Freiwilligen für die Kampagne #meinFIJerhalten zusammengeschlossen, um auf das Problem der extremen Unterfinanzierung der Internationalen Freiwilligendienste aufmerksam zu machen.

Martin Kober aus dem Kampagnenteam #meinFIJerhalten zeigt sich frustriert über die angekündigten Kürzungen und bemängelt das "fatale Signal, das diese politische Marschrichtung für junge Menschen, Partnerländer, Organisationen und Einsatzstellen" nach sich zöge. "Insbesondere nach der Pandemie, die ohnehin einige langjährige Partnerschaften vor große Herausforderungen gestellt hat." Dass die Kürzungen so drastisch ausfallen, lässt die Forderungen der Kampagne umso dringlicher erscheinen:

Freiwilligendienste müssen erhalten bleiben und ausgebaut werden!

Im Kampagnenteam macht sich großer Unmut breit. Lilian Barann drückt ihre Enttäuschung über die gegenwärtigen Entwicklungen aus: "Wir waren doch schon mal einen Schritt weiter. Wir haben die richtigen Fragen gestellt: Wie macht man Freiwilligendienste gerechter, zukunftsfähiger und inklusiver? Statt einer langfristigen Zukunftsvision kämpfen Freiwilligendienste nun wieder nur darum, wenigstens den Status quo zu erhalten, um im Folgejahr wieder zu bangen." Aufgrund der gegenwärtig andauernden Inflation ist auch ein Gleichbleiben der Fördermittel als faktische Kürzung zu verstehen. Um Freiwilligendienste weiterhin ermöglichen zu können, müssen die aktuellen Mittel zumindest der finanziellen Situation entsprechend angepasst werden.

Freiwilligendienste sollen freiwillig bleiben!

Für viele ehemalige Freiwillige ist ihr Dienst der Beginn von gesellschaftlichem Engagement und ein wichtiger Schritt in ihrer Persönlichkeitsentwicklung. "Die Kürzungen nehmen jungen Menschen die Möglichkeit, sich aus eigenem Interesse heraus gesellschaftlich zu engagieren", so die einhellige Ansicht im Kampagnenteam. Darüber hinaus sei es für den gesamten Sektor "schlichtweg nicht länger hinnehmbar, dass immer die sozialen Träger zuallererst und mit voller Härte Einsparungen zu spüren bekommen. Das können wir nicht länger zulassen!"

Besonders schockiert zeigte sich das Kampagnenteam auch bei einem weiteren Punkt: "In allen Gesprächen, die wir die letzten Monate mit Politiker*innen führten, haben wir ausschließlich positive Resonanz erhalten." Nun macht sich ein hohes Maß an Resignation breit, wenn man sieht, dass "die Kürzungen jetzt derartig dramatisch ausfallen. "Es ist offen gestanden nichts Geringeres als ein Schlag ins Gesicht für unsere politische Arbeit der letzten Monate," so Kober.

Freiwilligendienste sind Begegnungsorte und sollen für alle möglich sein!

Freiwilligendienste sollen interkulturelle Begegnungen auf Augenhöhe ermöglichen und eine Grundlage für eine diversere und inklusivere Gesellschaft schaffen. Der Bundeshaushalt sieht für das darauffolgende Jahr 2025 sogar weitere Kürzungen in Höhe von 35 Millionen Euro vor. Das Kampagnenteam aus Berlin fordert hingegen stetige Erhöhungen der Fördergelder, denn auch kommende Generationen sollen die Möglichkeit für einen Freiwilligendienst haben - und das unabhängig von ihrem eigenen Geldbeutel oder dem ihrer Eltern. Deshalb mahnen die Unterstützer*innen der Kampagne: "Freiwilligendienste sind für alle da! Die pädagogische Begleitung und gewisse Qualitätsstandards sind essenzielle Bestandteile für diesen staatlich geförderten Lerndienst, der nachhaltige individuelle sowie gesellschaftliche Veränderungen erzeugt.

Das Kampagnenteam arbeitet mit einer Bandbreite an Unterstützer*innen von Trägern und Ehemaligen weiterhin daran, mehr öffentliche Aufmerksamkeit für die Problemlage in den internationalen Freiwilligendiensten zu schaffen und gibt sich kämpferisch: **nun heißt es möglichst viele Mitglieder des Deutschen Bundestages zu überzeugen, um die Kürzungen im parlamentarischen Verfahren zu verhindern.**

Weitere Informationen:

E-Mail: kampagne@freiwilliges-internationales-jahr.de

Tel.: +49 176 65863088

Hauptamtliche Ansprechpersonen

Silvio Titzmann (AGDF)

E-Mail: titzmann@friedensdienst.de

Tel.: +49 172 9039880

Michelle Wrecz (AKLHÜ e.V.)

E-Mail: wrecz@entwicklungsdienst.de

Tel.: +49 151 54986654